

sgp REPORT


 DIE BASIS FÜR IHRE INVESTITIONEN IN DER SOZIALWIRTSCHAFT

 schlütersche
www.sgp-report.de


Rückzieher

Spahns Rendite-Attacke:
Laut BMG gibt's dafür
keine Faktenbasis | 8

Großprojekt

Hamburgs älteste Stiftung
baut den modernsten
Seniorencampus | 10

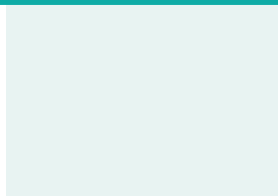
BTHG- Umsetzung

Die Länder können den
Termin nicht halten | 18



Nase voll gehabt!

Eine trügerschaftsübergreifende Initiative von
Pflege-Arbeitgebern setzt nun politische Akzente | 4



„Jetzt nehmen wir Einfluss!“

„Uns reicht’s – wir zeigen jetzt, was in der Pflege geht!“ Freigemeinnützige, öffentliche und private Pflegeunternehmen im Ruhrgebiet haben sich zur „Ruhrgebietskonferenz Pflege“ zusammengeschlossen. Ulrich Christofczik, Vorstand Ev. Christopheruswerk, stellt diese verbands- und trägerübergreifende unabhängige Arbeitgeberinitiative hier vor.

ULRICH CHRISTOFCZIK

Wir haben von einigen Entwicklungen in der Pflegebranche, von einigen politischen Rahmenbedingungen und von der aus unserer Sicht völlig falschen öffentlichen und medialen Außensicht auf die Pflege die Nase gestrichen voll. Wir sind politisch- und verbandsunabhängig, weil wir es für wichtig halten, nicht aus einer gewissen Abhängigkeit oder Verbundenheit mit Politik und Kostenträgern zu agieren, sondern deutlich und klar. Wir wollen in unserer Ruhrgebietskonferenz Pflege gemeinsam mit privatgewerblichen, öffentlichen und freigemeinnützigen Arbeitgebern auftreten, weil aus unserer Sicht die Zeit der Spaltung vorbei sein muss, um eine starke Lobby für

„Wir hatten von der Politik die Nase gestrichen voll!“

Ulrich Christofczik,
Vorstand, Evangelisches Christopheruswerk, Duisburg

die Pflege im Ruhrgebiet aufbauen zu können. Es gibt eben keine evangelische, keine katholische, keine privatgewerbliche Dekubitusprophylaxe, sondern es gibt nur pflegefachlich professionelle Pflegequalität. Diese entsteht in den Einrichtungen und Diensten, wo gut bezahlte, gut fort- und weitergebildete und damit gut motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeit machen können. Die Zeiten, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lediglich Kostenfaktoren darstellen, sind endgültig vorbei. Wir verstehen uns als eine sektorenübergreifende Initiative. Mitglieder unserer Ruhrgebietskonferenz Pflege sind stationäre Träger, sind ambulante Träger, sind Träger von ambulant betreuten Wohngemeinschaften,

Arbeitgeberinitiative Pflege im Ruhrgebiet

UNS REICHT’S – WIR ZEIGEN JETZT, WAS IN DER PFLEGE GEHT! Unter dem Motto „Die Einflussnehmer“ haben sich bisher schon rund 40 freigemeinnützige, öffentliche und private Pflegeunternehmen im Ruhrgebiet zur „Ruhrgebietskonferenz Pflege“ zusammengeschlossen. Als verbands- und trägerübergreifende, unabhängige Arbeitgeberinitiative repräsentieren sie fast 20.000 Mitarbeitende. Die erste „Ruhrgebietskonferenz Pflege“ am 8. April 2019 im Wissenschaftspark Gelsenkirchen bildete den Auftakt einer Gemeinschaftsinitiative, die allen Trägern und Unternehmen der Kranken-, Kinder- und Altenpflege offensteht. Ihre Grundlage bildet die Überwindung von Sektorengrenzen und eine träger- und fachübergreifende Zusammenarbeit. Deshalb sind auch Akteure aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Wirtschaftsförderung, Arbeitsverwaltung, Gewerkschaften, Forschung sowie Wohnungs- und IT-Wirtschaft und nicht zuletzt die Kostenträger eingeladen, sich zu beteiligen. Zum Start war der erfahrene Sozialpolitiker und aktuelle BAGSO-Chef **Franz Müntefering** dabei.

Weitere Informationen:

<https://ruhrgebietskonferenz-pflege.de>



Die Initiatoren mit Auftaktgast Franz Müntefering (li.).



Fotos: Uwe Jesior-kowski / Ruhrgebietskonferenz Pflege

Ulrich Christofczik erläutert Forderungen und Ziele der Arbeitgeberinitiative „Ruhrgebietskonferenz Pflege“.

sind Träger von Kurzzeit- und Tagespflegeangeboten, sind Träger von Quartierskonzepten; d.h. wir vertreten die gesamte vielfältige und bunte Versorgungslandschaft im Ruhrgebiet.

Was wir brauchen und wollen

Wir wollen keine Dämonisierung der stationären Angebote, keine Heroisierung der Häuslichkeit, wir wollen keine ideologische Bewertung der Versorgungsangebote, sondern wir brauchen eine pragmatische, an den zukünftigen Bedarfen der Menschen ausgerichtete pflegerische Infrastruktur. Diese Bedarfe werden in Zukunft quantitativ dramatisch steigen. Wir brauchen ein Mehr von Allem, wir brauchen den Mut, neue Versorgungsformen auszuprobieren. Wir brauchen das Ruhrgebiet – auch als Experimentierraum. Und wir brauchen endlich einheitliche und verlässliche Rahmenbedingungen für die Gestaltung von Leistungs-, Qualitäts- und Vergütungsvereinbarungen für innovative Wohn- und Betreuungsangebote.

Wir brauchen mutige Partner bei den Kommunen und den Kostenträgern, die bereit sind bestehende Regeln und Systemgrenzen zeitweise und projektbezogen außer Kraft zu setzen, um neue Versorgungsmodelle zu erproben. Wir brauchen endlich einheitliche, nachvollziehbare und verlässliche Bedarfsermittlungs- und Planungsverfahren für alle Versorgungsformen für ältere und hilfebedürftige Menschen in unseren Städten und Kreisen der Metropolregion Ruhr.

Der Status Quo im April 2019 sieht allerdings ganz anders aus. Was nach wie vor auch trotz vieler Anstrengungen unverändert bleibt, ist doch das weiterhin schlechte Image der Pflegewirtschaft, insbesondere der stationären Pflege. Es ist uns in den letzten Jahren nach wie vor nicht gelungen, die vielen positiven Beispiele in der Qualitätsent-

„Wir brauchen keine substanzlosen landespolitischen Marketing- und BlaBla-Veranstaltungen zum Thema Heimat und Quartier mehr.“

Ulrich Christofczik,
zur früheren und jetzigen Pflegepolitik des Landes NRW

wicklung unserer Pflege, ob im stationären oder im ambulanten Bereich, wirklich nach außen zu tragen. Es ist nach wie vor so, dass es eine ungeheure Lust und Freude an Skandalberichterstattung gibt, aber die tatsächliche Entwicklung in unseren Einrichtungen nicht wirklich öffentlichkeitswirksam angemessen dargestellt wird. Und wir haben es auch versäumt, wie ich finde, dort entsprechend darauf hinzuwirken.

Fakten statt Vorurteile

Wir haben in der Ausbildung eine – im Vergleich mit anderen Lehrberufen hohe Vergütung. Wir haben ausgezeichnete Perspektiven und Karrierechancen in der Pflege. Im Herbst 2016 haben von insgesamt 520.000 Jugendliche in Deutschland rund 63.200 eine Berufsausbildung in einem Pflegeberuf begonnen; das sind mehr als 12%. Es gibt nachweislich eine hohe Qualitätsentwicklung in der Pflege der letzten Jahre, wir haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit langen Verweildauern in den Unternehmen.

In der Politik wird z.Zt. intensiv über die Einführung eines Flächentarifs für die Pflege diskutiert. Spannend wird sein, auf welchem Niveau ein bundesweit einheitlicher Flächentarif vereinbart wird, auf dem Lohnniveau von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen oder NRW. Nach einer Studie des IGES (Institut für Gesundheit und Sozialforschung) würde die Einführung eines Flächentarifs in der Altenpflege zwischen 1,4 und 5,7 Mrd. Euro zusätzliche Kosten verursachen. Einen flächendeckenden Angleich an den TvÖD z.B. als teuerste Variante zwischen 4,7 und 5,7 Mrd. Euro.

Dringend müssen die gesetzlichen Vorgaben für die Refinanzierung von Lohnerhöhungen in der Branche geändert werden. Wenn Altenpfleger besser bezahlt werden, schlägt das nach der gegen-

wärtigen Systematik direkt auf die Eigenbeiträge der gepflegten Menschen durch und damit zum großen Teil im Ruhrgebiet auf die örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger.

Die Sozialwirtschaft und hier besonders der Pflegesektor hat in den letzten Jahren gesamtwirtschaftlich betrachtet sowohl durch die Schaffung von Arbeitsplätzen als auch in ihrer Wirtschaftsleistung stark an Bedeutung zugenommen. Und dennoch gelingt es uns nicht, diese ungeheuren Potentiale der Pflegewirtschaft zu vermitteln und uns als wichtigen, systemrelevanten Akteur darzustellen. Die Pflege im Ruhrgebiet ist wirtschaftlich stark, sie ist innovativ; man muss uns nur lassen. Wir brauchen von der Politik auf der Ebene des Bundes, des Landes und der Kommunen Rahmenbedingungen, die innovative Entwicklungen fördern und nicht behindern.

Nun: Eine Art Gesetzgebungsdiarrhoe

Auf der Ebene des Bundes ist das Thema Pflege durch diverse Gesetze und mit der Konzierten Aktion Pflege auf die politische Agenda gesetzt worden. Nach vielen Jahren der politischen Ignoranz stellen wir seit 2013 eine Art Gesetzgebungsdiarrhoe fest: 2013 Pflege-Neuausrichtungsgesetz, 2015 PSG I, Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz, GKV-Versorgungsstärkungsgesetz (SGB V), Präventionsgesetz (SGB V), Hospiz- und Palliativgesetz, 2016 PSG II, Krankenhausstrukturgesetz, 2017 PSG III, Pflegeberufegesetz, Bundesteilhabegesetz (SGB XII) und schließlich 2019 das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz.

Ein Beispiel für eine Politik, die sich lediglich in der Ankündigung verliert, ist das aktuelle PpSG. 13000 neue Stellen für Pflegekräfte in den stationären Einrichtungen, so schallte es laut zu Beginn des Jahres. Eine einmalige Presseoffensive von Gesundheitsminister Spahn in allen Medien. Abgesehen davon, dass es bis heute ein Rätsel ist, woher diese 13000 zusätzlichen Pflegefachkräfte kommen sollen, ist das Verfahren, wie die Einrichtungen diese beantragen sollen, bis heute in NRW unklar. Am 4.4.2019 tagte der sog. Grundsatzausschuss der Kostenträger und der Leistungserbringer auf Landesebene. Es zeichnet sich ein kompliziertes und bürokratisch aufwendiges Verfahren an. Fakt ist: Von den 13000 neuen Pflegekräften ist in den Einrichtungen in NRW bisher kein einziger angekommen. Eine solche Politik brauchen wir in den Unternehmen nicht.

Zentrale Forderungen an den Bund

Die Ruhrgebietskonferenz Pflege setzt sich für einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der Pflegeversicherung ein. Das Konzept sieht vor, dass die Pflegekasse alle notwendigen Kosten übernimmt



„Jeder Euro, der in die Pflegewirtschaft investiert wird, schafft eine Bruttowertschöpfung von 1,93 Euro.“

Michaela Evans

vom Institut für Arbeit und Technik IAT, Gelsenkirchen.

und den Versicherten nur noch einen festen, gesetzlich festzulegenden Eigenanteil berechnet.

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, die Sektorengrenzen zwischen ambulanter und stationärer Pflege mittelfristig zu überwinden. Wir brauchen in Zukunft eine Pflege, die nach dem Prinzip „Wohnen und Pflege“ organisiert wird. Nicht die Wohnform soll die Versicherungsleistung bestimmen, sondern der jeweilige individuelle Bedarf. Der Einstieg in diesen Systemwechsel ist zwingend notwendig.

Forderungen an die Landespolitik

Der Landesgesetzgeber hat uns in NRW das GEPA geschenkt. Teil dieses Gesetzes ist die APG DVO. Gesetze, die handwerklich unfassbar schlecht gemacht worden sind und unter deren Auswirkungen wir heute noch in unseren Diensten und Einrichtungen leiden. Ein Gesetz, das uns einen umfassenden, nicht refinanzierten bürokratischen Aufwand beschert hat. Wir brauchen jetzt keine Entfesselungsgesetze sondern verlässliche mittelfristige Planungsgrundlagen für Investitionen in die Pflegeinfrastruktur.

Forderungen an die Kommunen

Die Disparitäten der Rahmenbedingungen für die Pflege in den Kommunen des Ruhrgebietes sind deutlicher denn je. Dies muss aufhören, es darf für die Qualität der pflegerischen Versorgung eines pflegebedürftigen Menschen nicht länger entscheidend sein, wo er lebt. Es muss für einen Akteur in der Pflege gleiche Bedingungen für Investitionen und Innovationen in allen Kommunen geben. Die zunehmende Balkanisierung der pflegepolitischen Rahmenbedingungen in den Kommunen des Ruhrgebietes muss schnellstmöglich beendet werden. Die Qualität und die Quantität der Versorgungsstruktur darf deshalb nicht länger von der jeweiligen kommunalen Kassenlage abhängig sein. Wir brauchen einheitliche und verlässliche Rahmenbedingungen für die Gestaltung von Leistungs-, Qualitäts- und Vergütungsvereinbarungen für innovative Wohn- und Betreuungsangeboten. Wir brauchen einheitliche und verlässliche Anerkennungs- und Qualifizierungsverfahren für ausländische Arbeitskräfte.

Wir brauchen einheitlich, nachvollziehbare und verlässliche Bedarfsermittlungs- und Planungsverfahren für alle Wohn- und Versorgungsformen für ältere- und hilfebedürftige Menschen.

Das Ruhrgebiet ist liebens- und lebenswert, die Pflege im Ruhrgebiet kann Pflege – und leistet doch viel mehr. Wir wollen gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Potentiale und Ressourcen der Region und der Branche weiter entwickelt werden können. Es lohnt sich. ■